

II- 1950 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 985 /J

1977 -02- 21

A N F R A G E

der Abgeordneten Dipl.Ing. Riegler, *Dr. Zittmayr*
und Genossen

an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie
betreffend Erstattungsregelung für landwirtschaftliche
Verarbeitungsprodukte

Das österreichische Agrarhandelsdefizit ist gegenüber der EWG von 500 Mio. Schilling im Jahre 1972 auf das 8-fache, nämlich rund 4 Mrd. Schilling im Jahre 1976 angestiegen. Insbesondere bei landwirtschaftlichen Verarbeitungsprodukten sind die Importe angestiegen. Um eine leistungsfähige österreichische Konkurrenz und damit eine entsprechende inländische Versorgung zu gewährleisten wäre es dringend erforderlich, daß eine Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte geschaffen wird. Die Abgeordneten der ÖVP haben immer wieder in Interpellationen und Entschließungen ein Ausgleichsbetragsgesetz gefordert.

Die Schweiz hat Ende 1974 ein solches Gesetz über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen von Landwirtschaftsprodukten beschlossen und damit die Möglichkeiten, die das Freihandelsabkommen mit der EG und die auch die EFTA-Konvention vorsieht, voll ausgenützt und ein wirksames Abschöpfungs- und Erstattungsinstrument bei Verarbeitungsprodukten aufgebaut.

Österreich, das sich in direkter Konkurrenz zur Schweiz und den EG-Staaten befindet, besitzt im Ausgleichs- abgabengesetz nur einen Teil dieses Instrumentariums.

- 2 -

Eine Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte fehlt. Österreich hat aber sicherlich als gleichfalls neutraler Staat ein gleiches Interesse an einer aktiven Agrar- und Ernährungspolitik, zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln.

Die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreich hat im Herbst 1976 auf diese offenen Fragen hingewiesen und eine Erstattungsregelung verlangt. Die zuständigen Regierungsmitglieder haben jedoch negativ geantwortet. Von der positiven Regelung dieser Frage ist aber nicht nur die Arbeitsplatzsicherung in der Nahrungsmittelindustrie abhängig sondern damit im Zusammenhang steht auch die Sicherung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, womit weiters ein zusätzlicher Druck auf den Arbeitsmarkt vermieden wird.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie folgende

A n f r a g e :

- 1) Sind Sie bereit, im Interesse der Sicherung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und in der Nahrungsmittelindustrie nach dem Muster der Schweiz auch eine wirksame Erstattungsregelung für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte zu schaffen?
- 2) Können Sie es verantworten, daß die österreichische Landwirtschaft ohne wirksames Außenhandelsinstrumentarium auskommen muß, obwohl das Agrarhandelsdefizit stark steigt?